



Deutscher Bundestag  
Ausschuss für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend  
Kinderkommission

**Kommissionsdrucksache der  
20. Wahlperiode**

**20/14**

Berlin, 31. Januar 2025

**Sarah Lahrkamp, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-30551

kinderkommission@bundestag.de

**Dienstgebäude:**

Paul-Löbe-Haus

Konrad-Adenauer-Str. 1

10557 Berlin

**Stellungnahme der Kinderkommission des Deutschen  
Bundestages zum Thema „Geflüchtete Kinder“**

Am 24. Februar 2022 marschiert Russland in die Ukraine ein und löst damit den ersten größeren Konflikt in Europa seit der Balkankrise aus. Der russische Angriffskrieg stellt ganz Europa, aber auch die ganze Welt vor neue sicherheitspolitische Herausforderungen. Der Tag markiert einen Wendepunkt in der Friedenspolitik Europas und führte zu einer der größten Fluchtbewegungen seitdem zweiten Weltkrieg.

Seit Kriegsbeginn sind laut Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) rund 16,6 Millionen Menschen aus der Ukraine auf der Flucht<sup>1</sup>. Ein Großteil der vertriebenen Menschen flüchtete nach Polen und Ungarn. In Deutschland wurden ca. 1.025.000 ukrainische Flüchtlinge registriert (Stand 8. November 2022). Darunter befinden sich zahlreiche Frauen, Kinder und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Um die Situation der geflüchteten Kinder aus der Ukraine genauer zu betrachten, wurde der Schwerpunkt innerhalb der Vorsitzzeit von MdB Lahrkamp auf diese Thematik gelegt. Zentral dafür waren folgende Fragen: Wie geht es den Kindern aus der Ukraine hier in Deutschland? Wie viele Kinder und Jugendliche kommen in Deutschland an? Wie werden sie aufgenommen und wo werden sie untergebracht? Welche Herausforderungen ergeben sich für die Gesellschaft? Welche Auswirkungen gibt es auf die

---

<sup>1</sup> Vgl. Schätzungen zur Anzahl<sup>1</sup> der Flüchtlinge aus der Ukraine nach Zustrom in den Nachbarländern von Februar bis Dezember 2022 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1293861/umfrage/anzahl-der-kriegsfluechtlinge-aus-der-ukraine-nach-aufnahmeland/>)



unterschiedlichen Institutionen und wie kann die Integration gelingen?

Um diese Fragen zu beantworten, haben die Abgeordneten der Kinderkommission am 18. Mai 2022 die zentrale Erstanlaufstelle im Bereich des Berliner Hauptbahnhofs die „Welcome-Hall“ besucht. Im Gespräch mit den Trägern, den Helferinnen und Helfern sowie mit den beteiligten Organisationen konnten sich die Abgeordneten einen ersten Eindruck über die Ankunft der Kriegsflüchtlinge machen. In der Anlaufstelle erhalten die Menschen erste Informationen, organisatorische Hinweise und Hilfen. Im Anschluss daran können sie weiterreisen.

Vertreterinnen der Hilfsorganisationen machten deutlich, dass die Hilfsbereitschaft am Anfang besonders groß war, mittlerweile gibt es aber immer weniger Ehrenamtliche, die sich um die ankommenden Menschen kümmern.

In den darauffolgenden zwei öffentlichen Expertinnen-Gesprächen, die vom 22. Juni 2022 bis zum 6. Juli 2022 durchgeführt wurden, wurde die Thematik weiter vertieft.

**Die Kinderkommission bedankt sich bei den geladenen Expertinnen und Experten für ihre Expertise und Diskussionsgrundlagen.** Die Gespräche und Diskussionen mit den Expertinnen und Experten dienen als Grundlage für diese Stellungnahme.

Für die erste Anhörung mit dem Thema **„Was brauchen Kinder und Jugendliche nach der Flucht aus dem Kriegsgebiet?“** am 22. Juni 2022 wurde Dr. Sebastian Sedlmayr (Abteilungsleiter Advocacy und Politik, Deutsches Komitee für UNICEF e.V.) und Sophia Eckert (Referentin Public Affairs, terre des hommes Deutschland e.V.) als Sachverständige für die 3. Sitzung der Kinderkommission eingeladen.

Gleich zu Beginn der Anhörung machten die Sachverständigen deutlich, dass im Jahr 2021 erstmals „über 100 Millionen“ Menschen auf der Flucht waren<sup>2</sup>. Auch die Anzahl der Asyl-Erstanträge von Kindern und Jugendlichen hat sich in Deutschland verändert: „Während es 2015 noch ungefähr ein Drittel unter 18-Jährige waren, sind es jetzt

---

<sup>2</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 4



etwa die Hälfte der Asyl-Erstanträge, die auf unter 18-Jährige entfallen“<sup>3</sup>.

Die hier betrachtete Flüchtlingsbewegung unterscheidet sich zu anderen Flüchtlingsbewegungen dahingehend, wie die Geflüchteten Kinder in Deutschland ankommen. Sie kommen in ihren Familienverbänden und einige Kinder und Jugendliche reisen auch unbegleitet. Daneben gibt es die neue Konstellation, dass nicht Sorgeberechtigte Menschen Kinder und Jugendliche zum Beispiel mit aus der Nachbarschaft mitnehmen und gemeinsam flüchten. Dort ist das Sorgerecht nicht geklärt.

Darüber hinaus werden die geflüchteten Kinder und Jugendliche unterschiedlich untergebracht: bei Freunden, in Privatwohnungen, in Jugendhilfe Einrichtungen oder sonstigen Unterbringungsmöglichkeiten der Länder und Kommunen.

„Das ist eben auch dieses Novum, Kinder aus Institutionen weitestgehend mit ihren Erzieher\*innen gemeinsam. Sie wissen wahrscheinlich, dass die Ukraine ein Land ist, in dem außergewöhnlich viele Kinder in Einrichtungen untergebracht sind, also die meisten im europäischen Vergleich an die 100.000“<sup>4</sup>.

Diese neue Situation bringt neue Herausforderungen mit sich, da ganze Gruppen untergebracht werden müssen. Auch besteht die Möglichkeit, dass Kinder- und Jugendliche durchs „Raster“ fallen, wenn sie mit Verwandten und Bekannten einreisen: „Sie gelten oftmals, wenn sie bei Behörden ankommen, als begleitet und man denkt nicht, dass sie eigentlich auch in Kontakt mit dem Jugendamt gebracht werden müssen“<sup>5</sup>.

Die Sachverständigen machten ebenfalls deutlich, dass es eine bessere Datengrundlage über die Unterbringung in Unterkünften für geflüchtete Menschen in den Ländern und Kommunen geben muss. Es gibt zwar Mindeststandards zum Schutz von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften, diese sind allerdings nicht auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet.

---

<sup>3</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 4

<sup>4</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 5

<sup>5</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 9



Daneben muss die Integration der geflüchteten Kinder und Jugendlichen stärker vorangetrieben werden. Wichtig ist dabei unter anderem die Vernetzung mit den regional tätigen Organisationen und der offenen Kinder- und Jugendarbeit vor Ort. Die Kinder und Jugendlichen, die geflüchtet sind, brauchen gleichaltrige Kinder. Sie brauchen einen Zugang zu Bildungseinrichtungen und zu unterschiedlichen Sport- und Freizeitaktivitäten: „Denn gerade Sport und Freizeit ist für das Aufwachsen von Kindern einfach unglaublich wichtig“<sup>6</sup>.

Um geflüchtete Kinder und Jugendliche noch besser zu unterstützen, sind niedrigschwellige psychisch-soziale Beratungsangebote wichtig. Die teils traumatisierenden Erfahrungen auf der Flucht müssen umfassend aufgearbeitet werden und bedürfen geschultes Fachpersonal.

Zum Schluss machten die Sachverständigen deutlich, dass es keine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Familien aus anderen Fluchtkontexten geben darf.

Zusammenfassend gibt es einige Punkte, die nach Ansicht der Sachverständigen verbessert werden müssten:

- Bessere Datengrundlage über geflüchtete Kinder und Jugendliche in Deutschland
- Die Verweildauer in Erstaufnahme Einrichtungen muss herabgesetzt werden (zur Zeit beträgt diese für eine Familie circa sechs Monate)
- Ausstattung mit pädagogischem Material und Spielen
- Gleichbehandlung aller Flüchtlinge – Gebot der Gleichstellung
- Zugang zu Bildungsangeboten und Sport- und Freizeitaktivitäten
- Frühzeitige Einbeziehung von Institutionen insbesondere der Kinder- und Jugendhilfe
- Niedrigschwellige psychisch-soziale Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche, die durch die Flucht traumatisiert wurde

---

<sup>6</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 7



Für die zweite Anhörung mit dem Thema **„Welche Projekte unterstützen Kinder und Jugendliche konkret hier in Deutschland? – Beispiele aus der Praxis“** am 6. Juli wurden Hannah Weber (Berliner Stadtmission, Projekt „Kinder und Jugendparlament“), Iris Naumann-Söllner (Bereichsleiterin „Kinder, Jugend und Familien“ der Johanniter-Unfall-Hilfe), Anne Ernst (Bereichsleiterin „Krisenmanagement & Nothilfe“ der Johanniter-Unfall-Hilfe), Luise Springer (Deutsches Rotes Kreuz), Barbara Kurz (Referentin für Grundlagen der Migration des Deutschen Roten Kreuz) und Birgit Poschmann (Pädagogische Fachberatung beim Deutschen Roten Kreuz) als Sachverständige für die 4. Sitzung der Kinderkommission eingeladen.

In dieser Anhörung wurden die unterschiedlichen Aspekte der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen vor Ort thematisiert.

In dem Projekt KiJuPa 2.0 der Berliner Stadtmission ging es darum, zu schauen, wie die geflüchteten Kinder und Jugendlichen in den Unterkünften aufwachsen und wie Beteiligungsstrukturen in den Einrichtungen etabliert werden können. Um das herauszufinden hat das Projektteam alle LAF-Einrichtungen in Berlin-Mitte besucht. Dabei wurde das Projekt von vier Zielen geleitet: Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten, Aufbau von nachhaltigen Beteiligungsstrukturen, Vernetzung der unterschiedlichen Beteiligten (Beteiligungsnetzwerk) und Erstellung einer Handreichung, die an Multiplikatoren verteilt werden können. Die Handreichung wurde an die Abgeordneten verteilt.

Das Fazit des Projektes war, dass Kinder und Jugendliche in der Lage sind, Verantwortung in den Einrichtungen zu übernehmen. Die Angebote müssen dafür nur geschaffen werden: „Die Kinder hatten auch eine Budgetverantwortung, konnten selbst über Geld entscheiden, konnten selbst tatsächlich entscheiden, wie das Heim gestaltet wird. Das war glaube ich, einfach eine wahnsinnig schöne Erfahrung für sie. Das wollten sie dann auch weitergeben, dass es in anderen Heimen auch passiert“<sup>7</sup>. Hier zeigt sich erneut wie wichtig Eigenverantwortung im frühen Alter für die Entwicklung im Kindesalter ist.

---

<sup>7</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 15



Die Johanniter-Unfall-Hilfe ist damit betraut Unterkünfte aufzubauen und die medizinische und soziale Betreuung zu organisieren. Zusätzlich wurden ca. 50 Projekte durch Spenden auf den Weg gebracht, um die Situation der geflüchteten Menschen zu verbessern. Rund die Hälfte der Projekte richtet sich an Kinder und Jugendliche. Insgesamt werden dafür 5,8 Millionen Euro vorgesehen.

So gibt es zum Beispiel das Lacrima-Angebot, welches zu 100 Prozent Spenden finanziert ist. Lacrima bedeutet „Träne“ und widmet sich der Trauerbewältigung von Kindern und Jugendlichen: „Also das wir auch Kinder-Trauerbewältigung wirklich mobiler machen und nicht an den Orten, wo wir es jetzt anbieten, sondern dass wir das einfach erweitern können und für einfach gewisse Zeit auch flexibel sind und eine größtmögliche Flexibilität reinbringen“<sup>8</sup>.

Die Sachverständigen machten deutlich, dass die Situation in den großen Notunterkünften eine Herausforderung darstellt. Gerade für Kinder und Jugendliche gibt es kaum Rückzugsmöglichkeiten, wenig Spielflächen oder eine gute Ausstattung mit kindgerechtem Material. Die Johanniter-Unfall-Hilfe ist allerdings durch die Spenden in der Lage Tagesstruktur und Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.: „Wir haben beispielsweise in Magdeburg einen Spielebus, der fährt die einzelnen Unterkünfte an mit Angeboten in unterschiedlichen Alterskategorien oder Altersgruppen, sodass wir hier die Möglichkeit haben, regelmäßig Sportangebote, Beschäftigungsangebote zu machen und Normalität und Struktur auch in den Alltag der Kinder zu bringen und die Eltern zu entlasten, die natürlich auch andere Dinge im Kopf haben“<sup>9</sup>

Daneben wird durch die Organisation psychosoziale Unterstützung geleistet. Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden werden im Umgang mit Trauma und traumatisierten Kindern und Jugendlichen extra geschult, dabei kann die Johanniter-Unfall-Hilfe auf die eigenen Strukturen der psychosozialen Notfallversorgung aus dem Bevölkerungsschutz zurückgreifen.

Zum Schluss machten die Sachverständigen deutlich, dass für die ganzen unterschiedlichen Angebote und Projekte

---

<sup>8</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 9

<sup>9</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 7



geschultes Fachpersonal, Multiplikatoren aber auch ehrenamtliche Unterstützer\*innen notwendig sind. Der Personalmangel wird auch hier deutlich: Was wir brauchen, sind auch wieder Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die weiterhin Schulungen anbieten, damit wir das Trauma-Angebot auch aufrechterhalten können. Also hier auch in Richtung schauen, nicht Fachkräfte unbedingt, aber wirklich gut ausgebildetes Personal“<sup>10</sup>.

Die Sachverständigen des Deutschen Roten Kreuz stellten unterschiedliche Projekte vor, die unter anderem auch in den Kitas stattfinden. Aber auch schon vor den Regelstrukturen bietet das Deutsche Rote Kreuz etwa Spielgruppen an, um Familien aktiv zu unterstützen: „Da gibt es und gab es schon Rucksack-Projekte, die von Integrationshelfern, die durch Schulungen zu ihrer Profession gekommen sind, begleitet werden“<sup>11</sup>. Auch in diesem Bereich gibt es einen Fachkräftemangel, der die Institutionen und Organisationen vor Herausforderungen stellt: „Der Personaleinsatz in den Kitas ist gerade schon mal erwähnt worden. Er ist schwierig. Er ist herausfordernd...Ich glaube, wenn man jetzt darüber spricht, was braucht man vielleicht von der Politik oder der Gesellschaft, dann ist es schon so, dass die Professionen, die in einer Kita tätig sind, ja schon lange nicht mehr nur Erzieher\*innen im klassischen Sinne sind, sondern auch Therapeuten“<sup>12</sup>.

Zusammenfassend gibt es einige Punkte, die nach Ansicht der Sachverständigen verbessert werden müssten:

- Beschäftigungs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in den Einrichtungen schaffen
- Schaffung von Therapieplätzen, damit frühzeitig traumatisierende Erfahrungen bearbeitet und damit psychische und physische Belastungen vermieden werden können
- Niedrigschwellige und sensible Aufsuchende Arbeit durch Schulungen von haupt- und ehrenamtlichem Personal

---

<sup>10</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 9-10

<sup>11</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 12

<sup>12</sup> Vgl. Wortprotokoll 3. Sitzung, S. 14



- Für Familien und Kinder, die sich in Privatunterkünften aufhalten, sollten ebenfalls Betreuungs- und Beratungsangebote geben

Projekte sollten längerfristig angelegt werden, sodass geeignetes Fachpersonal gefunden werden kann.

Im Original gezeichnet  
Sarah Lahrkamp, MdB